



Deutschland

Verletzungen sind die häufigste Todesursache bei Kindern und Jugendlichen im Alter von 0 - 19 Jahren in Deutschland. Im Jahr 2001 starben 1.866 Kinder und Jugendliche in Folge einer Verletzung. **587 von diesen Kinderleben hätten gerettet werden können**, wenn die Verletzungsrate in Deutschland auf den gleichen Stand wie in Schweden, dem sichersten Land Europas, reduziert werden könnte.

Das Kindersicherheits-Gutachten für Deutschland (Child Safety Report Card) wurde vom „Child Safety Action Plan Project“ (CSAP), einem europäischen Projekt unter der Leitung der European Child Safety Alliance, entwickelt. Es soll einen Ausgangspunkt bilden für die Erfassung der Fortschritte und für die Festlegung von Zielsetzungen zur Verringerung verletzungsbedingter Todesfälle und Behinderungen bei Kindern und Jugendlichen in Deutschland.

Das Gutachten bewertet das Ergebnis Deutschlands bezogen auf das Maß an Sicherheit, das durch nationale politische Maßnahmen für die jüngsten und schwächsten Mitglieder der Gesellschaft gewährleistet wird. Es basiert auf einer Untersuchung bewährter Strategien zur Kindersicherheit in Deutschland bis einschließlich Juli 2006, u. a. zu einzelnen Unfallbereichen (z. B. Straßenverkehr, Heim- und Freizeitbereich), zur Federführung bei der Umsetzung von Aktivitäten und zu den personellen und finanziellen Mitteln, die für das Thema Unfallprävention zur Verfügung stehen. Eine genaue Aufschlüsselung der Methodik befindet sich auf Seite 13 im Anhang 1.

Wie sicherheitsbewusst ist Deutschland in Bezug auf Kinder und Jugendliche?

Allgemeiner Sicherheitsgrad für Kinder in Deutschland



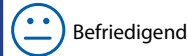
LEISTUNGS-EINTEILUNG:



Sehr Gut



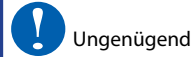
Gut



Befriedigend



Mangelhaft



Ungenügend

ERZIELTE STERNE (von fünf möglichen)

Sicherheit als Mitfahrer im PKW	★★★★★
Sicherheit von motorisierten Zweirädern	★★★★☆
Sicherheit von Fußgängern	★★★★★
Sicherheit von Radfahrern	★★★★★
Wassersicherheit/ Prävention von Ertrinkungsunfällen	★
Sturzprävention	★★☆
Prävention von Vergiftungen	★★★★☆
Prävention von Verbrennungs-/Verbrühungsunfällen	★★★
Prävention von Erstickungs-/Strangulationsunfällen	★★★★☆
Federführung	★★★★★
Infrastruktur	★★★★
Entwicklung von Fähigkeiten und Ressourcen	★★★★★

Umsetzungsdefizite und erforderliche Maßnahmen

Deutschland hat in Bezug auf die Sicherheit von Kindern und Jugendlichen im Straßenverkehr einschließlich der Sicherheit von Fahrgästen, Fußgängern und Radfahrern schon viel erreicht. Auf der anderen Seite wurde Unfällen im Heim- und Freizeitbereich, wie Stürzen, Ertrinkungsunfällen, Vergiftungen und Erstickungsunfällen bisher nicht genügend Aufmerksamkeit gewidmet. Die Bewertung macht deutlich, dass zur Verbesserung der Prävention von Ertrinkungsunfällen, Stürzen, Vergiftungen, Verbrennungen, Verbrühungen und Erstickungsunfällen sowie zur Erhöhung der Sicherheit von Kindern im Straßenverkehr weitere politische Maßnahmen eingeführt, realisiert und durchgesetzt werden müssen. Es ist notwendig, Projekte zur Prävention von Verletzungen zu unterstützen und zu fördern, indem die Bereiche Bildung, Technik und Gesetzgebung eng verzahnt werden. Das Kindersicherheits-Gutachten stellt dabei heraus, in welchen Bereichen die Kindersicherheitspolitik in Deutschland verändert werden könnte.

DEUTSCHLAND hat gute Fähigkeiten um Kindersicherheit voranzubringen, allerdings ist eine stärkere Führungsinitiative seitens der Regierung und eine Unterstützung der vorhandenen Infrastruktur erforderlich.

Insbesondere ist eine Initiative der Bundesregierung notwendig, um die Entwicklung und Durchführung einer von der Regierung getragenen nationalen Strategie zur Verbesserung der Kindersicherheit sicher zu stellen. Diese Strategie sollte Bereiche mit hoher Priorität und Umsetzungslücken berücksichtigen, finanzielle Ressourcen für Koordination, Infrastruktur und Forschung in Bezug auf Kindersicherheit zur Verfügung stellen sowie bestehende Fähigkeiten unterstützen und verbessern. Ein koordinierter und evidenzbasierter Ansatz muss gewährleistet werden, um die wertvollste Ressource Deutschlands – seine Kinder und Jugendlichen – zu schützen. Eine Unterstützung der Kompetenzentwicklung von Technik-Experten und von Netzwerkarbeit ist besonders wichtig, um den Informationsaustausch über bewährte Strategien und die Übertragbarkeit von bestehenden Unfallpräventionsprogrammen für Kinder und Jugendliche zwischen den einzelnen Kindersicherheitsinitiativen auf Bund-, Länder- und kommunaler Ebene zu gewährleisten. Auf Regierungsebene könnte durch eine Aufnahme bewährter Strategien in nationale Gesundheitsprogramme viel zu einer „good practice“-Kultur beigetragen werden.

Erforderliche Maßnahmen:




- Verbesserung der **Sicherheit von Mitfahrern in PKW** durch eine Gesetzesänderung, die einen Transport von Kindern unter 13 Jahren auf dem Rücksitz und von Kindern bis 4 Jahren in rückwärtsgerichteten Kindersitzen vorschreibt
- Verbesserung der **Sicherheit von Fußgängern** durch finanzielle Anreize für alle PKW, die mit moderner, in EU-Standards festgelegter Sicherheitstechnologie zur Minderung von Unfällen mit Personenschäden (z. B. eine fußgängerfreundliche Gestaltung der Frontpartie) ausgerüstet sind
- Verbesserung der **Sicherheit von Radfahrern** durch die Einführung und Durchsetzung einer allgemeinen Helmpflicht
- Verbesserung der **Prävention von Ertrinkungsunfällen** durch gesetzliche Regelungen, die die Einzäunung von privaten und öffentlichen Swimming-Pools und Gartenteichen sowie das Tragen von Schwimmwesten auf dem Wasser zur Pflicht machen
- Verbesserung der **Sturzprävention** durch gesetzliche Regelungen, die Vorkehrungen zur Verhinderung von Fensterstürzen von Kindern für mehrgeschossige Gebäude vorschreiben
- Verbesserung der **Prävention von Verbrennungs-/Verbrühungsunfällen** durch die bundesweite Vereinheitlichung von Vorschriften, die Herstellung und Vertrieb von Feuerzeugen ohne Kindersicherung verbieten sowie Flammenschutzmittel in Kindernachtwäsche und Rauchmelder in allen privaten Wohngebäuden vorschreiben und durch die Einführung eines Gesetzes, das für alle Wasserboiler eine sichere voreingestellte Temperatur von 50°C fordert bzw. einen Gebäudestandard festlegt, in dem die maximale Wassertemperatur aus dem Wasserhahn von Wohngebäuden 50°C nicht überschreiten darf
- Verbesserung der **Prävention von Vergiftungsunfällen** durch vermehrte Aufklärung von jungen Eltern und Kinderbetreuungspersonal bezüglich der Gefahren und der Prävention von Vergiftungen
- Verbesserung der **Prävention von Erstickungs- und Strangulationsunfällen** durch gesetzlich geregelte Verbote oder Nachbesserungen von speziellen Produkten, wie Gummiballons oder Rollo-Kordeln
- Erhöhung der **öffentlichen Aufmerksamkeit** für Unfallrisiken von Kindern und Jugendlichen im häuslichen Bereich und effektive Präventionsmaßnahmen

Erfassung der Fortschritte -








Punkteverteilung für die einz. Bereiche der Kindersicherheit

Die im Kindersicherheits-Gutachten aufgeführten nationalen politischen Maßnahmen basieren auf aktuellen belegten Praxisstrategien sowie Fachgesprächen mit Mitgliedern der European Child Safety Alliance und europäischen Experten. Die politischen Voraussetzungen in den Bereichen Federführung, Infrastruktur und Entwicklung von Kapazitäten wurden in die Bewertung einbezogen, weil sich gezeigt hat, dass einige grundlegende operative Voraussetzungen für die strategische Planung und Einführung von Präventionsprogrammen gegeben sein müssen. Diese Voraussetzungen werden als Mindestbedingungen gesehen, um die Bemühungen um Sicherheitsförderung von Kindern und Jugendlichen und Prävention von Verletzungen auf nationaler Ebene unterstützen zu können. Details zur Methodik finden sich auf Seite 13 dieses Gutachtens. Würden alle unten aufgeführten politischen Maßnahmen in Deutschland eingeführt und durchgesetzt, könnte man eine deutliche Reduzierung der Verletzungen von Kindern und Jugendlichen erreichen.

Jede Maßnahme wurde mit dem folgenden Bewertungsschlüssel eingeschätzt:

-  vorhanden, eindeutig formuliert, realisiert und durchgesetzt (wenn passend) (2 Punkte)
-  vorhanden, eindeutig formuliert, aber nur teilweise realisiert und durchgesetzt (1 Punkt)
-  nicht vorhanden oder nicht eindeutig formuliert (0 Punkte)

Sicherheit von Mitfahrern in PKW









Bundesgesetz, das den Einsatz von geeigneten Rückhaltesystemen für Kinder und Jugendliche im PKW vorschreibt	
Bundesgesetz, das den Einsatz von Rückhaltesystemen entgegen der Fahrtrichtung für Kinder bis 4 Jahre vorschreibt	
Bundesgesetz, das den Transport von Kindern unter 13 Jahren auf dem Rücksitz eines PKW vorschreibt	
Ein Bundesministerium bzw. eine Bundesbehörde, das bzw. die für die Sicherheit von in PKW mitfahrenden Kindern und Jugendlichen per Mandat verantwortlich ist	
Eine regierungsgestützte nationale Strategie mit speziellen Zielvorgaben und Fristen für die Sicherheit von in PKW mitfahrenden Kindern und Jugendlichen	
Ein nationales Programm für Hausbesuche bei Kindern, das ein Training für die Sicherheit von in PKW mitfahrenden Kindern beinhaltet	
Mindestens eine bundesweite Medienkampagne innerhalb der letzten 5 Jahre zum Thema Sicherheit von Kindern und Jugendlichen als Mitfahrer in PKW	

Erzielte Sterne (von fünf möglichen)

$$[(\text{😊} \times 4) + (\text{😞} \times 3)] / 14 \times 5 =$$



Sicherheit von motorisierten Zweirädern







Bundesgesetz zur Regulierung der Altersbeschränkungen für die Benutzung eines Mopeds/Mofas (kleinmotorige Zweiräder)	
Bundesgesetz zur Regulierung von Mindestqualifikationen für die Benutzung eines Mopeds/Mofas (z. B. Fahrprüfung vor der Fahrerlaubnis)	
Bundesgesetz zur Regulierung der maximalen Anzahl und des Mindestalters von jugendlichen Mitfahrern auf einem Moped oder Mofa	
Bundesgesetz zur Regulierung der Höchstgeschwindigkeit für Mopeds und Mofas	
Bundesgesetz über eine Helmpflicht für Fahrer und Beifahrer von Mopeds und Mofas	
Ein Bundesministerium bzw. eine Bundesbehörde, das bzw. die für die Sicherheit von jugendlichen Fahrern von motorisierten Zweirädern per Mandat verantwortlich ist	
Eine regierungsgestützte nationale Strategie zur Unfallprävention mit speziellen Zielvorgaben und Fristen für die Sicherheit von jugendlichen Fahrern von motorisierten Zweirädern	
Mindestens eine bundesweite Medienkampagne innerhalb der letzten 5 Jahre zum Thema Sicherheit von jugendlichen Fahrern von motorisierten Zweirädern	

Erzielte Sterne (von fünf möglichen)

$$[(\text{😊} \times 5) + (\text{😐} \times 1) + (\text{😞} \times 2)] / 16 \times 5 =$$



Sicherheit von Fußgängern





Bundesgesetz zur Regulierung von Geschwindigkeitsbegrenzungen in Wohngebieten (z. B. in der Nähe von Schulen und Spielplätzen)	
Bundesgesetz, das die Gefährdungshaftung des Autofahrers regelt, wenn er in einen Verkehrsunfall mit einem Kind als Fußgänger verwickelt ist (z. B. liegt die Beweislast beim Fahrer)	
Bundesgesetz, das finanzielle Anreize für alle PKW mit moderner, in EU-Standards festgelegter Sicherheitstechnologie zur Minderung von Unfällen mit Personenschaden (z. B. eine fußgängerfreundliche Gestaltung der Frontpartie) regelt	
Ein Bundesministerium bzw. eine Bundesbehörde, das bzw. die für die Sicherheit von Kindern als Fußgänger per Mandat verantwortlich ist	
Eine regierungsgestützte nationale Strategie zur Unfallprävention mit speziellen Zielvorgaben und Fristen für die Sicherheit von Kindern als Fußgänger	
Mindestens eine bundesweite Medienkampagne innerhalb der letzten 5 Jahre zum Thema Sicherheit von Kindern als Fußgänger	

Erzielte Sterne (von fünf möglichen)

$$[(\text{😊} \times 5) + (\text{😞} \times 1)] / 12 \times 5 =$$



Sicherheit von Radfahrern

Bundesgesetz, das eine Helmpflicht für Radfahrer fordert	
Ein Bundesministerium bzw. eine Bundesbehörde, das bzw. die für die Sicherheit von Kindern als Radfahrer per Mandat verantwortlich ist	
Eine regierungsgestützte nationale Strategie zur Unfallprävention mit speziellen Zielvorgaben und Fristen für die Sicherheit von Kindern als Radfahrer	
Mindestens eine bundesweite Medienkampagne innerhalb der letzten 5 Jahre zum Thema Sicherheit von Kindern als Radfahrer	

Erzielte Sterne (von fünf möglichen)

$$[(\text{😊} \times 3) + (\text{😞} \times 1)] / 8 \times 5 =$$



Wassersicherheit/ Prävention von Ertrinkungsunfällen








Bundesgesetz zur Einzäunungspflicht von öffentlichen Swimming-Pools oder Teichen	
Bundesgesetz zur Einzäunungspflicht von privaten Swimming-Pools oder Teichen (private Gewässer in Wohngebieten)	
Bundesgesetz zur Regulierung einer regelmäßigen Wiederholungsprüfung für Rettungsschwimmer	
Bundesgesetz zur Regulierung einer Mindestanzahl von Rettungsschwimmern für Strände oder ähnliche Wasserfreizeitplätze	
Bundesgesetz zur Regulierung einer Mindestanzahl von Rettungsschwimmern für öffentliche Schwimmbäder	
Bundesgesetz für öffentliche Schwimmbäder, das die Wassertiefenkennzeichnung, die Markierung von Stufen mit Kontrastfarben, die vorhandene Sicherheitsausrüstung, Abdeckungen von Ansaugstellen und chemische Standards reguliert	
Nationaler Standard für Kennzeichen und Symbole zur Wassersicherheit (z. B. Tauchverbot-Beschilderung, rote Flagge für „Baden und Schwimmen verboten“)	
Nationales Programm für die Wassersicherheit von öffentlichen Freizeitprogrammen (z. B. Minimalstandards für die Überwachung, Trainings- oder Sicherheitsausstattungen)	
Nationales Programm zur Wassersicherheitserziehung einschließlich im Lehrplan des Schulunterrichts zwingend vorgeschriebener Schwimmstunden	
Bundesgesetz, das das Tragen von Schwimmwesten oder Auftriebshilfen auf dem Wasser zwingend vorschreibt (z. B. in Booten, beim Segeln)	
Ein Bundesministerium bzw. eine Bundesbehörde, das bzw. die für die Wassersicherheit von Kindern per Mandat verantwortlich ist	
Eine regierungsgestützte nationale Strategie zur Unfallprävention mit speziellen Zielvorgaben und Fristen für die Wassersicherheit von Kindern	
Ein nationales Programm für Hausbesuche von Kindern, das ein Training für die Wassersicherheit von Kinder beinhaltet	
Mindestens eine bundesweite Medienkampagne innerhalb der letzten 5 Jahre zum Thema Wassersicherheit von Kindern	

Erzielte Sterne (von fünf möglichen)

$$[(\text{😊} \times 2) + (\text{😐} \times 2) + (\text{😞} \times 10)] / 28 \times 5 =$$



Sturzprävention







Nationaler Sicherheitsstandard für Spielplatzgeräte	
Bundesgesetz über ein Verbot von Vermarktung und Verkauf von Lauflernhilfen	
Bundesgesetz, das Vorkehrungen zur Verhinderung von Fensterstürzen von Kindern für mehrgeschossige Gebäude vorschreibt (z. B. Fenstergitter, abschließbare Fenstergriffe)	
Ein Bundesministerium bzw. eine Bundesbehörde, das bzw. die für die Sturzprävention von Kindern per Mandat verantwortlich ist	
Eine regierungsgestützte nationale Strategie zur Sturzprävention von Kindern mit speziellen Zielvorgaben und Fristen	
Ein nationales Programm für Hausbesuche von Kindern, das ein Training zur Sturzprävention von Kindern beinhaltet	
Mindestens eine bundesweite Medienkampagne innerhalb der letzten 5 Jahre zum Thema Sturzprävention von Kindern	

Erzielte Sterne (von fünf möglichen)

$$[(\text{😊} \times 2) + (\text{😞} \times 5)] / 14 \times 5 =$$



Prävention von Vergiftungen

Bundesgesetz zur Regulierung von Kindersicherungen an Verpackungen von Medikamenten	
Bundesgesetz zur Regulierung von Kindersicherungen an Verpackungen von Haushaltsreinigern	
Ein Bundesministerium bzw. eine Bundesbehörde, das bzw. die für die Prävention von Vergiftungen bei Kindern per Mandat verantwortlich ist	
Eine regierungsgestützte nationale Strategie mit speziellen Zielvorgaben und Fristen zur Prävention von Vergiftungen bei Kindern	
Ein nationales Programm für Hausbesuche von Kindern, das ein Training zur Prävention von Vergiftungen bei Kindern beinhaltet	
Mindestens eine bundesweite Medienkampagne innerhalb der letzten 5 Jahre zum Thema Prävention von Vergiftungen bei Kindern	

Erzielte Sterne (von fünf möglichen)

$$[(\text{😊} \times 3) + (\text{😞} \times 3)] / 12 \times 5 =$$



Prävention von Verbrennungen und Verbrühungen

Bundesgesetz, das für alle Wasserboiler eine sichere voreingestellte Temperatur von 50°C vorschreibt bzw. einen Gebäudestandard festlegt, in dem die maximale Wassertemperatur aus dem Wasserhahn von Wohngebäuden 50°C nicht überschreiten darf	
Per Gesetz angeordnete Installation von funktionstüchtigen Rauchmeldern in allen privaten Wohngebäuden	
Per Gesetz angeordnete Installation von funktionstüchtigen Rauchmeldern in allen öffentlichen Gebäuden (z. B. Krankenhäuser, Schulen und Tagesstätten)	
Nationale Regelung über Kindersicherungen an Feuerzeugen	
Bundesgesetz über die Verwendung von Flammschutzmitteln in Kinder- nachtwäsche	
Bundesgesetz zum Verkauf von Feuerwerken	
Ein Bundesministerium bzw. eine Bundesbehörde, das bzw. die für die Prävention von Verbrennungen und Verbrühungen bei Kindern per Mandat verantwortlich ist	
Eine regierungsgestützte nationale Strategie mit speziellen Zielvorgaben und Fristen zur Prävention von Verbrennungen und Verbrühungen bei Kindern	
Ein nationales Programm für Hausbesuche von Kindern, das ein Training zur Prävention von Verbrennungen und Verbrühungen bei Kindern beinhaltet	
Mindestens eine bundesweite Medienkampagne innerhalb der letzten 5 Jahre zum Thema Prävention von Verbrennungen und Verbrühungen bei Kindern	

Erzielte Sterne (von fünf möglichen)

$$[(\text{😊} \times 3) + (\text{😐} \times 1) + (\text{😞} \times 6)] / 20 \times 5 = \text{★} \text{★}$$

Prävention von Erstickungs- und Strangulationsunfällen

Bundesgesetz, das Einschränkungen oder Verbote von unsicheren Produkten ermöglicht	
Bundesgesetz, das Warnhinweise zur Prävention von Erstickungs- und Strangulationsunfällen auf Produkten (z. B. Spielsachen) vorschreibt	
Bundesgesetz über ein Verbot zur Herstellung und zum Verkauf von Gummiballons	
Bundesgesetz über ein Verbot zur Verwendung von unessbaren Materialien in Lebensmitteln	
Bundesgesetz zur Regulierung der Beschaffenheit und des Verkaufs von Rollo-Kordeln	
Nationale Standards für das Design von sicheren Babybetten	
Bundesgesetz über ein Verbot von Kordeln in Kinderkleidung	
Ein Bundesministerium bzw. eine Bundesbehörde, das bzw. die für die Prävention von Erstickungs- und Strangulationsunfällen von Kindern per Mandat verantwortlich ist	
Eine regierungsgestützte nationale Strategie mit speziellen Zielvorgaben und Fristen zur Prävention von Erstickungs- und Strangulationsunfällen von Kindern	
Ein nationales Programm für Hausbesuche von Kindern, das ein Training zur Prävention von Erstickungs- und Strangulationsunfällen von Kindern beinhaltet	
Mindestens eine bundesweite Medienkampagne innerhalb der letzten 5 Jahre zum Thema Prävention von Erstickungs- und Strangulationsunfällen von Kindern	

Erzielte Sterne (von fünf möglichen)

$$[(\text{😊} \times 5) + (\text{😞} \times 6)] / 22 \times 5 = \text{★} \text{★} \text{★}$$

Federführung in der Kindersicherheit







Das Land verfügt über ein Bundesministerium oder eine Bundesbehörde, das oder die für die nationale Koordination der Sicherheit von Kindern und Jugendlichen verantwortlich ist	
Alle Ministerien und Verwaltungen, die von Themen der Kindersicherheit betroffen sind (z. B. Ministerien für Gesundheit, Verkehr, Bildung usw.) verfügen über einen Ansprechpartner oder eine Kontaktstelle für Belange der Sicherheit von Kindern und Jugendlichen	
Regierung hat die nationale Priorität von Verletzungsprävention erkannt (z. B. wurde sie in einem Regierungsdokument oder Gesundheitsplan als wichtiges Thema geführt)	
Es liegt eine regierungsgestützte nationale Strategie mit speziellen Zielvorgaben und Fristen zur Prävention von Verletzungen von Kindern und Jugendlichen vor	
Bundesbehörde(n) verfügen über ein fest definiertes Budget für die Entwicklung und Unterstützung von nationalen Präventionsprogrammen zur Sicherheit von Kindern und Jugendlichen	
Bundesbehörde(n) verfügen über ein fest definiertes Budget für die Entwicklung und Unterstützung von Forschungsarbeiten zur Sicherheit von Kindern und Jugendlichen	
Bundesbehörde(n) verfügen über ein fest definiertes Budget für die Entwicklung und Unterstützung von Fähigkeiten und Ressourcen zur Sicherheit von Kindern und Jugendlichen	
Bundesbehörde(n) verfügen über ein fest definiertes Budget für die Entwicklung und Unterstützung einer nationalen Steuerungsgruppe für die Sicherheit von Kindern und Jugendlichen	
Bundesbehörde(n) verfügen über ein fest definiertes Budget für die Entwicklung und Unterstützung eines Netzwerks / einer Organisation zur Koordination von Aktivitäten bezüglich der Sicherheit von Kindern und Jugendlichen	
Das Land verfügt über eine Organisation, die für die nationale Koordination von Aktivitäten bezüglich der Sicherheit von Kindern und Jugendlichen verantwortlich ist	

Erzielte Sterne (von fünf möglichen)

$$[(\text{😊} \times 7) + (\text{☹️} \times 3)] / 20 \times 5 =$$



Infrastruktur






Das Land verfügt über eine Organisation (z. B. Bundesbehörde, NGO oder andere Institution), die per Mandat ausdrücklich mit der koordinierten Datenerhebung von Verletzungen von Kindern und Jugendlichen und der Erstellung von Berichten zur Unterstützung der Präventionsmaßnahmen beauftragt ist	
Ein jährlicher oder zweijährlicher Bericht, der mindestens Informationen über die Anzahl der verletzungsbedingten Todesfälle von Kindern und Jugendlichen beinhaltet, wird regelmäßig erstellt	
Studien wurden durchgeführt, die den Zusammenhang deutlich machen zwischen dem Risiko für verletzungsbedingte Todesfälle von Kindern und Jugendlichen und den sozialen und ökonomischen Lebensverhältnissen in der Familie oder den Wohnortbedingungen (z. B. Teenager-Elternschaft oder Drogen- und Alkoholmissbrauch)	
Das Land hat einen Bericht über die weitreichenden gesellschaftlichen Auswirkungen von Verletzungen einschließlich Daten über Kinder und Jugendliche veröffentlicht	
Das Land verfügt über die erforderlichen Daten, um eine Analyse der gesellschaftlichen Auswirkungen von Verletzungen von Kindern und Jugendlichen erstellen zu können (z. B. Daten zur Mortalität, Schätzungen über die Dauer von verletzungsbedingten Einschränkungen usw.)	
Bundesweite Daten über Unfälle und Verletzungen von Kindern und Jugendlichen (0 – 17 Jahre) sind verfügbar (z. B. Mortalitäts- und Morbiditätsrate)	

Erzielte Sterne (von fünf möglichen)

$$[(\text{😊} \times 3) + (\text{😐} \times 1) + (\text{😞} \times 2)] / 12 \times 5 =$$



Entwicklungen von Fähigkeiten und Ressourcen zur Kindersicherheit

Das Land verfügt über eine oder mehrere Organisation(en) (z. B. Bundesbehörde, NGO oder andere Agentur), die per Mandat ausdrücklich beauftragt ist bzw. sind, Informationen über Erfolgsmethoden zu verbreiten und/oder die Umsetzung von bewährten Strategien im Bereich der Prävention von Verletzungen von Kindern und Jugendlichen zu fördern oder anzustoßen	
Das Land verfügt über ein Netzwerk oder ein Gesundheitssystem, das die Aufklärung von werdenden Eltern und Eltern von kleinen Kindern (0 – 4 Jahre) über Unfallprävention ermöglicht und derzeit durchführt	
Das Land verfügt über Initiativen zur Entwicklung von Fähigkeiten und Ressourcen zu Themen der Sicherheit von Kindern und Jugendlichen	
Das Land verfügt über ein Netzwerk von Einrichtungen, die mit der Praxisarbeit oder Forschungen zu Themen der Sicherheit von Kindern und Jugendlichen betraut sind	
Das Land führt (oder führte in der Vergangenheit) eine nationale Konferenz oder regionale Treffen zu Themen der Kindersicherheit durch oder eine nationale Konferenz, deren Agenda auch Themen der Kindersicherheit beinhaltet	

Erzielte Sterne (von fünf möglichen)

$$[(\text{😊} \times 5)] / 10 \times 5 =$$



Anhang 1:

Methodik zur Erstellung des Kindersicherheits-Gutachtens

Die einzelnen Positionen für das Gutachten wurden aus neun verschiedenen Bereichen zusammengetragen: Sicherheit von Mitfahrern in PKW, Sicherheit von motorisierten Zweirädern, Sicherheit von Fußgängern, Sicherheit von Radfahrern, Wassersicherheit, Prävention von Ertrinkungsunfällen, Sturzprävention, Prävention von Vergiftungen, Prävention von Verbrennungs-/Verbrühungsunfällen, Prävention von Erstickungs-/Strangulationsunfällen sowie Federführung, Infrastruktur und Entwicklung von Fähigkeiten und Ressourcen. Diese Positionen wurden in vorhergehenden Initiativen definiert oder aus aktuellen evidenzbasierten Strategien entwickelt mit einem Fokus auf der nationalen Ebene.* Strategien, die sich zwar bereits bewährt haben, aber eher auf regionaler bzw. lokaler Ebene realisiert werden, wurden nicht berücksichtigt, z. B. Verkehrsberuhigungs-Maßnahmen zur Reduzierung von Unfällen mit Fußgängern oder Radfahrern.

Die Daten für die Indikatoren wurden im Zeitraum 2005 – 2006 von Projektpartnern des CSAP-Projekts eingeholt, die englischsprachige computerbasierte Befragungsinstrumente in Zusammenarbeit mit einer Expertengruppe aus Mitgliedern der Health and Environment Alliance (HEAL), des UNICEF Innocenti Research Centre, des europäischen Regionalbüro der WHO, einem Indikatoren-Experten und einem Experten für aktuelle bewährte Präventionsmaßnahmen für Verletzungen von Kindern zusammenstellten. Zur Erhebung der Primärdaten war der deutsche Projektpartner (Bundesarbeitsgemeinschaft Mehr Sicherheit für Kinder e. V.) verantwortlich für die Verifizierung der Informationen über aktuelle Maßnahmen bei den zuständigen Bundesbehörden (Stand Juli 2006).

Die Einstufung in Sternen von fünf möglichen Sternen für jeden Unterbereich wurde berechnet, indem der Ergebnisquotient für den betreffenden Bereich (Summe der erreichten Punktzahl (😊 = 2, 😊 = 1, 😞 = 0) für alle Fragen ohne Einzelgewichtung geteilt durch die Anzahl der höchstmöglichen Punkte) mit fünf multipliziert und auf den nächsten Halbs Stern gerundet wurde. Der allgemeine Sicherheitsgrad wurde aus der Summe der Punktzahlen aller Bereiche ermittelt.

🌟 = 49-60 Sterne, 😊 = 37-48 Sterne, 😊 = 25-36 Sterne, 😞 = 13-24 Sterne)

Die einzelnen Positionen und Teilergebnisse wurden nicht unterschiedlich gewichtet, da dafür Daten für die tatsächliche Exposition von Verletzungsrisiken und/oder Studien über einen Vergleich der Effektivität der verschiedenen Maßnahmen innerhalb eines vorgegebenen Bereichs vorliegen müssten. Einheitliche Werte gibt es weder in Bezug auf einzelne Verletzungsbereiche noch innerhalb der Länder, die am CSAP-Projekt teilnehmen.

*MacKay M, Vincenten J, Brussoni M, Towner L. Child Safety Good Practice Guide: Good investments in unintentional child injury prevention and safety promotion. Amsterdam: European Child Safety Alliance, Eurosafe; 2006.

Definitionen verschiedener Begriffe aus dem Kindersicherheits-Gutachten

- **Entwicklung von Fähigkeiten und Ressourcen** – die Entwicklung, Förderung und Unterstützung von Ressourcen und Beziehungen von Individuen, Organisationen und Systemen einschließlich aller Aktivitäten, die zum Ziel haben, Fähigkeiten von Individuen, Gruppen und Organisationen zu erweitern, um Initiativen zu entwickeln und durchzuführen.
- **Regierungsgestützte nationale Strategie mit speziellen Zielvorgaben und Fristen** – Ein offizielles, von der Regierung oder dem Parlament verabschiedetes Dokument, das Stellungnahmen und Entscheidungen über Verantwortlichkeiten, Prinzipien, Ziele, Prioritäten und Richtungen zur Zielerreichung definiert. Das Thema Verletzungen kann dabei entweder das einzige Thema des Dokuments sein oder Teil eines umfassenderen Papiers als eines der Hauptthemen.
- **Nationales Programm** – ein übergeordneter Aktionsplan, der eine Strategie der Regierung zu speziellen Aktivitäten enthält.
- **Realisiert und durchgesetzt** – ein Gesetz, eine Vorschrift oder ein Standard, der bereits in die Praxis umgesetzt und nachgewiesenermaßen ausgeführt wird und (falls möglich) mit Geldbußen oder Strafen belegt ist.
- **Gesetz** – Verhaltensregel oder Handlung, die rechtsverbindlich ist und von einem exekutiven Organ oder einer Regierungsbehörde durchgesetzt wird.
- **Mindestens eine bundesweite Medienkampagne innerhalb der letzten 5 Jahre** – eine Kampagne mit nationaler Reichweite, die mit Hilfe von Fernsehen, Radio und/oder einer Verteilung von Printmedien (Poster, Broschüren etc.) in hoher Auflage durchgeführt wurde
- **Bundesministerium bzw. eine Bundesbehörde, das bzw. die für einen bestimmten Sachverhalt per Mandat verantwortlich ist** – mindestens ein Ministerium oder eine Regierungsbehörde mit einer dokumentierten Verantwortlichkeit für die Belange der Sicherheit von Kindern und Jugendlichen (z. B. dokumentiert in Gesundheitszielen, in einer Interneterklärung, in der Verfassung oder in einer ministerienübergreifenden Vereinbarung)
- **Nationales Programm für Hausbesuche von Kindern, das ein Training beinhaltet** – ein Netzwerk oder ein Gesundheitssystem, das die Aufklärung von werdenden Eltern und/oder Eltern von kleinen Kindern (0 – 4 Jahre) über Unfallprävention ermöglicht. In Großbritannien z. B. besuchen Gesundheitsberater Eltern und beraten diese – neben anderen Gesundheitsthemen – über Unfallprävention und Hebammen in Österreich erhalten eine Ausbildung zur Unfallprävention von Neugeborenen, die sie an die Eltern weitergeben.

- **Organisation, die für die nationale Koordination von Aktivitäten bezüglich der Sicherheit von Kindern und Jugendlichen verantwortlich ist** – eine Organisation, ein Institut, ein Zentrum oder eine Agentur, die per Mandat ausschließlich oder unter anderem für die Sicherheit von Kindern und Jugendlichen zuständig ist.
- **Teilweise realisiert und durchgesetzt** – ein Gesetz, eine Vorschrift oder ein Standard, der in Zukunft realisiert werden soll, der realisiert aber nicht durchgesetzt wird oder der realisiert und unregelmäßig durchgesetzt wird.
- **Standard** – eine freiwillige technische Übereinkunft in Form eines Konsens von Standardisierungsorganisationen und Anspruchsberechtigten, wie Industrieunternehmen und Verbrauchern, über technische Regeln und Richtlinien für Hersteller und Definitionen über Funktionsweisen von Produkten und Dienstleistungen.

Texte oder Textteile dürfen kopiert werden unter Angabe des Autors, des Titels der Publikation und des Herausgebers. Vorschlag für die Quellenangabe: MacKay, M. und Vincenten, J. Kindersicherheits-Gutachten 2007 – Deutschland. Amsterdam: European Child Safety Alliance, Eurosafe; 2007.

Die hier dargestellten Feststellungen und Ansichten stammen vom Verfasser und müssen nicht die Ansichten der Partnerorganisationen widerspiegeln. Für die übersetzte Fassung wird keine Garantie übernommen.

ISBN: 9 78-90-6788-338-2 © November 2007
External report 313

European Child Safety Alliance

P.O. Box 75169

1070 AD Amsterdam

Niederlande

Tel: +31 20 511 4513

Fax: +31 20 511 4510

Email: secretariat@childsafetyeurope.org

www.childsafetyeurope.org

Das Kindersicherheits-Gutachten wurde vom „Child Safety Action Plan Project“ (CSAP) entwickelt, einem länderübergreifenden Projekt, das standardisierte Instrumente und Prozesse nutzt, um die Entwicklung von nationalen Aktionsplänen zur Förderung der Sicherheit von Kindern und Jugendlichen in Europa zu vereinfachen. Die Initiative wird von der European Child Safety Alliance (ECSA) unter dem Dach von Eurosafe organisiert und mit Unterstützung durch die Europäische Union, die Health and Environment Alliance (HEAL), das UNICEF Innocenti Research Centre, die Universitäten Keele und West of England, das europäische Regionalbüro der WHO und Partnerorganisationen in 18 europäischen Ländern einschließlich der Bundesarbeitsgemeinschaft Mehr Sicherheit für Kinder e.V. in Deutschland durchgeführt.

Eine Vorgabe war es, Indikatoren und standardisierte Instrumente zur Erhebung von Verletzungen bei Kindern und Jugendlichen zu entwickeln, um das Ausgangsniveau der Belastungen und der Aktivitäten in den beteiligten Ländern zu ermitteln. Damit sollten während der Entwicklung und Umsetzung von Unfallpräventionsprogrammen in den Ländern Planungen unterstützt und Mittel zur Verfügung gestellt werden, um Maßstäbe zu setzen und die Fortschritte bei der Verringerung der Verletzungen zu bewerten. Die Kindersicherheits-Gutachten, die Länderprofile und das vergleichende Kindersicherheits-Gutachten für 18 Länder waren die Ergebnisse dieser Aktion.

Weitere Informationen zum CSAP-Projekt, die Kindersicherheits-Gutachten der anderen 17 Länder und das vergleichende Kindersicherheits-Gutachten finden sich auf den Internetseiten der European Child Safety Alliance unter www.childsafetyeurope.org



in partnership with



European Commission

